

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Januar 2016

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Eine [Anmerkung](#) zu den Bürgerbriefen, die vor Anfang 2017 erschienen sind, ist am Ende des Bürgerbriefes zu finden.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie@online.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2016-11-17

Inhalt dieser Ausgabe

- **Wolfgang Effenberger: [Verbieten einer westlichen Götterdämmerung?](#)**
- **Deutsche-Wirtschafts-Nachrichten: [Ex-Innenminister Baum warnt vor Ruf nach Überwachungs-Staat](#)**
- **Tim Stinauer: [Polizei Köln handelte nach Erlass des NRW-Innenministeriums](#)**
- **Manfred Rekowski: [Wutrede zur Flüchtlingspolitik](#)**
- **Helmut Roewer: [Das Verschwinden des Rechtsstaats und das Versagen der politischen Elite](#)**
- **Ross Douthat: [Deutschland am Abgrund](#)**
- **Markus Klöckner: [Im Nachrichtengeschäft geht es um Interessen, nicht um Wahrheit](#)**
- **Daniele Ganser: [Vorsicht Verschwörungstheorie!](#)**
- **Deutsche-Wirtschafts-Nachrichten: [Studie: Vom Westen unterstützte Opposition hat Maidan-Massaker verübt](#)**
- **Reiner Braun: [Syrienkrieg. Nicht in unserem Namen](#)**
- **German-Foreign-Policy: [Europäische Werte](#)**
- **Dario Sarmadi/EuActiv: [Landwirte warnen: TTIP ist unser "Niedergang"](#)**
- **Thorsten Sterk: [Ein Mehr an Transparenz](#)**
- **Thorsten Sterk: [David gewinnt gegen Goliath](#)**

Zitat des Monats von [Abraham Lincoln](#):

**Man kann alle Menschen für einige Zeit belügen.
Einige Menschen kann man auch für alle Zeit belügen.
Aber man kann nicht alle Menschen für alle Zeit belügen**

- Wolfgang Effenberger: **Vorboten einer westlichen Götterdämmerung?**

Über die Vorkommnisse in der Silvesternacht am und im Kölner Hauptbahnhof wurde anfangs gar nicht, dann aber massiv berichtet. Die Kommentare reichten von Verharmlosung bis zur völligen Inakzeptanz der Taten.

Da nach Franklin D. Roosevelt in der Politik nichts zufällig geschieht, stellt sich der Autor die Frage: "Warum?"

Die [Flüchtlingsströme sind keine unbeabsichtigte Folge der Konflikte in Nahost](#), sondern werden von den USA gezielt eingesetzt, um Druck auszuüben und zu destabilisieren. Denn die USA wollen weltweit die volle Dominanz (d.h. zu Land, zu Wasser und in der Luft) erreichen, wie die TRADOC-Anweisungen die Rolle für die US-Streitkräfte in diesem Jahrhundert umreißen.

Zum Erreichen der strategischen Ziele versuchen die USA meist kleine Gruppen Jugendlicher ohne eigene Familie zu benutzen - mit finanzieller Unterstützung und entsprechender Anleitung.

Bei den Silvester-Angriffen geht Bundesjustizminister Heiko Maas von einem abgestimmten und vorbereiteten Vorgehen aus. Er fordert eine sorgfältige Prüfung, nicht nur in Köln.

Gesetzesverschärfungen werden nicht weiterhelfen, wenn es nicht einmal gelingt, dass die bestehenden Gesetze eingehalten werden. Dringend ist dagegen die Beendigung aller Kriege und die Wiederherstellung eines funktionsfähigen Völkerrechtssystems.

[Wolfgang Effenberger](#); Jahrgang 1946, wurde mit 18 Jahren Zeitsoldat, studierte Bauingenieurwesen und erhielt als junger Pionieroffizier Einblick in das von den USA vorbereitete "atomare Gefechtsfeld" in Europa. Nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr studierte er Politikwissenschaft sowie Höheres Lehramt (Bauwesen/Mathematik). Er lebt als freier Buchautor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Deutsche-Wirtschafts-Nachrichten: **Ex-Innenminister Baum warnt vor Ruf nach Überwachungs-Staat**

Für den früheren Bundesinnenminister Gerhart Baum ist es wichtig, die Ursachen für die Ereignisse in Köln und die Terror-Anschläge von Paris zu erforschen und [nicht einfach nach mehr Überwachung und Staat zu rufen](#). Hier sei kluge und besonnene Politik gefragt. Anschläge wie jener von Paris seien Verbrechen und nicht Teile eines Krieges.

[Inhalt](#) ↑

- Tim Stinauer: **Polizei Köln handelte nach Erlass des NRW-Innenministeriums**

Das NRW-Innenministerium weist über bindende ["Leitlinien für die Polizei des Landes NRW zum Schutz nationaler Minderheiten vor Diskriminierungen"](#) die Polizeibehörden an, "beim internen wie externen Gebrauch jede Begrifflichkeit" zu vermeiden, "die von Dritten zur Abwertung von Menschen missbraucht beziehungsweise umfunktioniert oder in deren Sinne interpretiert werden kann".

Allerdings sollen nach diesen Leitlinien dann entsprechende Hinweise zur Herkunft von Straftätern oder Verdächtigen gegeben werden, „wenn im Einzelfall ein überwiegendes Informationsinteresse oder ein Fahndungsinteresse dazu besteht“. Der NRW-Innenminister will die Polizei in Köln in den Tagen nach Silvester angewiesen haben, die Herkunft der Täter zu nennen. Der am 08.01. aus dem Dienst gezwungene Polizeipräsident Wolfgang Albers hat dies am 04.01.2016 in einer Pressekonferenz getan.

Solche Anweisungen existieren offensichtlich auch in anderen Bundesländern, z.B. in Hessen (Red.): Ein hochrangiger Polizeibeamter aus Frankfurt/Main: "Bei Straftaten von Tatverdächtigen, die eine ausländische Nationalität haben und in einer Erstaufnahmeeinrichtung gemeldet sind, legen wir den Fall auf dem Schreibtisch sofort zur Seite. Es gibt die strikte [Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten](#). Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden." Dazu sagt Michael Schaich, Sprecher des hessischen Innenministeriums: „Die Pressestellen-Leiter wurden darauf hingewiesen, dass das Thema ‚Flüchtlinge‘ von Rechtsextremisten instrumentalisiert werden könnte, um gezielt Stimmung gegen Schutzsuchende zu schüren.“

Und für die Berichterstattung der Presse gibt es den Pressekodex. In dessen Richtlinie 12.1 heißt es: "In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder

Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Besonders ist [zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.](#)"

[Inhalt](#) ↑

- Manfred Rekowski: **Wutrede zur Flüchtlingspolitik**

Bei der Synode in Bad Neuenahr erhob der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Manfred Rekowski, schwere Vorwürfe.

Solange Flüchtlinge in Italien und Griechenland geblieben seien, habe Deutschland die bestehenden "unmenschlichen Zustände" an den EU-Außengrenzen und im Mittelmeer "mit einer fast entspannten Gelassenheit" hingenommen. Eine wirksame Unterstützung der Nachbarländer von Krisenherden, die Millionen von Flüchtlingen aufgenommen hätten, erfolge bis heute nicht. "Dies ist inhuman und fördert eine [Perspektivlosigkeit, die weitere Fluchtbewegungen auslösen wird.](#)"

Deutschland trage dadurch, dass Waffen auf direkten oder verschlungenen Wegen in Krisenländer gelangten, sogar zur Verschärfung von Fluchtursachen bei. „Flucht trägt das Label 'Made in Germany'“, sagte Rekowski.

Für ihn sei auch nicht ersichtlich, dass eine Wertegemeinschaft die Staaten Europas verbinde. "Ob Europa mehr ist als ein überdimensionierter Förderverein zur Rettung maroder Banken, muss sich jetzt erst noch zeigen."

[Inhalt](#) ↑

- Helmut Roewer: **Das Verschwinden des Rechtsstaats und das Versagen der politischen Elite**

"[Wir verlassen ganz deutlich den Rechtsstaat](#)", erklärt Helmut Roewer in einem Video-Interview (1h12), denn Beamte sollen nun Weisungen ausführen, die früher illegal waren. Früher hieß es: Grenzverletzungen werden geahndet, da gibt es keinen Ermessensspielraum. Vor dem Hintergrund des Asylrechts macht sich aufgrund der Drittländer-Regelung jeder strafbar, der einreist. Und jeder, der das zulässt oder sogar dabei hilft, macht sich ebenso strafbar und ist juristisch gesehen ein Schlepper. Laut Beamtenengesetz gilt aber: Eine Weisung, die eine Straftat beinhaltet, darf der Beamte nicht ausführen.

Dies gilt insbesondere, da die unkontrollierte Einwanderung eine massive Sicherheitsgefahr darstellt. Es gibt bereits 200'000 bis 300'000 komplett abgetauchte Einwanderer. Die werden sich mit weiteren Straftaten über Wasser halten.

Die Handlungsweise der deutschen Regierung stellt eine gefährliche europäische Ausnahme dar, die Deutschland nicht nur den Ruf von Geisterfahrern einbringt: Vielmehr fordert die Regierung ihre Beamten zum Rechtsbruch auf, was es seit 70 Jahren nicht gegeben hat - wohl wissend, dass sich jeder, auch die Regierenden, an die Gesetze zu halten hat.

Die Kluft zwischen der politischen Klasse und den Medien einerseits und dem Volk andererseits vergrößert sich zunehmend. Das Vertrauen in den Rechtsstaat wird systematisch kaputt gemacht. Das Volk wird durch die politischen Repräsentanten beschimpft. Die Sicherheitskräfte, die den Bürger schützen sollen, werden demontiert bzw. sollen eines Tages gegen die eigenen Bürger vorgehen - was die dort Beschäftigten aber nicht tun werden, was auch in der DDR sichtbar geworden ist. Die verunsicherten normalen Bürger, die hierbei tatenlos zusehen müssen, neigen heute zur Selbsthilfe.

Für Roewer ist es wichtig, dass der Bürger die Tatsachen über die Abläufe und Zustände des Staatswesens erfahren, um sich eine eigene Meinung bilden zu können.

Roewer steht mit seiner Einschätzung nicht alleine: Auch der frühere Verfassungsrichter Michael Bertrams wirft Angela Merkel [Kompetenzüberschreitung und möglichen Verfassungsbruch in der Flüchtlingspolitik](#) vor. Der Staatsrechtler Ulrich Battis betont, dass ohne Grenzkontrollen auf Dauer nicht nur der Sozialstaat sondern auch der Rechtsstaat aus den Angeln gehoben wird.

Auch Willy Wimmer sieht die [Demokratie in Gefahr, da der Staat versagt und rechtsfreie Räume zulässt](#). Er sieht die Kanzlerin in der Verantwortung und fordert ihren Rücktritt, denn sie sei mit der US-hörigen Politik der Angriffskriege mitverantwortlich für Ereignisse wie die Silvesternacht in Köln. (0h23)

Helmut Roewer ist ehemaliger Präsident des Verfassungsschutzes in Thüringen. Michael Friedrich Vogt ist verantwortlich für Querdenken-TV. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Ross Douthat: Deutschland am Abgrund**

Die Übergriffe der Silvesternacht in Köln und anderen Städten beschäftigen auch ausländische Medien. So fordert Gastautor Ross Douthat in der "New York Times" den Rücktritt von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Im Artikel [Deutschland am Abgrund](#) kritisiert er die Folgen der unkontrollierten Masseneinwanderung nach Europa.

Seit Jahrzehnten warnen Konservative auf beiden Seiten des Atlantiks davor, dass Europas großzügige Einwanderungspolitik, die oft unter Missachtung des Willens der europäischen Bürger erfolgt, den Kontinent zu destabilisieren droht. Um weitere Konflikte zu verhindern, müsse Deutschland seine Grenzen für Flüchtlinge jetzt schließen und mit der geordneten Abschiebung beginnen. Wer denkt, dass eine alternde, säkularisierte, und dadurch sehr homogene Gesellschaft einfach friedlich eine Migration von derartiger Größe und kulturellem Unterschied absorbieren könne, dem prophezeit Douthat beste Karriereaussichten als zukünftigem Sprecher der deutschen Regierung. Gleichzeitig sei man dann aber ein Narr.

Ross Gregory Douthat, wohnhaft in San Francisco, ist Autor, Journalist und Blogger. Der Artikel ist eine Gastbeitrag in der „New York Times“. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Markus Klöckner: Im Nachrichtengeschäft geht es um Interessen, nicht um Wahrheit**

Im Interview mit Telepolis verweist Kurt Gritsch (Historiker, Konflikt- und Migrationsforscher) auf die Schwächen der Berichterstattung und stellt fest, dass [Medien weit entfernt von einem neutralen Journalismus](#) sind, wenn es um Themen wie zum Beispiel Syrien geht.

Gritsch erklärt außerdem, wie es zur Eskalation in Syrien kommen konnte und wirft einen kritischen Blick auf die Rolle Deutschlands im Hinblick auf seine Beteiligung an Einsätzen im Ausland (mit Jugoslawien beginnend). Tornados nach Syrien zu entsenden, hält der in der Schweiz lebende Südtiroler für "weder ethisch vertretbar noch völkerrechtlich abgesichert noch von realpolitischem Nutzen".

[Inhalt](#) ↑

- **Daniele Ganser: Vorsicht Verschwörungstheorie!**

In einem Interview mit Jens Wernicke äußert sich der Historiker Daniele Ganser zur Tendenz, Personen mit einer eigenen Meinung zu diskreditieren, sobald deren Meinung von der 'öffentlichen Meinung' abweicht. In diesem 'Informationskrieg' werden Menschen mit abweichender Meinung als "Verschwörungstheoretiker", "Antisemit", "Antiamerikaner", "Rechtspopulist" oder Querfrontler diffamiert. So wollen diejenigen, denen die Diffamierung anderer nützt, verhindern, dass [zu der von ihnen verbreiteten Propaganda kritische Fragen gestellt](#) werden. Aber das lassen sich heute immer weniger Bürger gefallen.

Daniele Ganser ist Schweizer Historiker, spezialisiert auf Zeitgeschichte seit 1945 und Internationale Politik. Jens Wernicke ist Gewerkschaftsekretär und freier Journalist. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Deutsche-Wirtschafts-Nachrichten: Studie: Vom Westen unterstützte Opposition hat Maidan-Massaker verübt**

Eine Studie der Universität von Ottawa kommt nach Auswertung von tausenden Belegen zum Ergebnis: Die [Schüsse gegen die Demonstranten am Maidan](#) kamen nicht von der Regierung, sondern aus den Reihen der vom Westen unterstützten Opposition. Seit 1. Januar ist die Ukraine mit der EU assoziiert – eine vergiftete, späte Frucht der Gewalt vom Maidan.

Der verlinkte Artikel steht leider nicht mehr kostenfrei zur Verfügung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Reiner Braun: **Syrienkrieg. Nicht in unserem Namen**

Aus falsch verstandener Solidarität wird Deutschland zur Kriegspartei in einem Krieg, der auch überregional umfassende Vernichtung mit sich bringen kann. Der Einsatz der Bundeswehr in Syrien ist politisch falsch, moralisch unverantwortlich, verfassungs- und zudem völkerrechtswidrig.

Mit dem [Unterzeichnen des Aufrufs "Wir sagen nein!"](#) können wir der Bundeskanzlerin zum Ausdruck bringen, dass sie beim Syrieneinsatz nicht in unserem Namen handelt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- German-Foreign-Policy: **Europäische Werte**

Hochrangige [deutsche Politiker fordern Strafmaßnahmen gegen Polen](#), weil das polnische Parlament die Entscheidungskompetenz des Verfassungsgerichts sowie ein neues Mediengesetz verabschiedet hat. Damit verstoße Polen "gegen die europäischen Werte"(CDU-Bundestagsfraktionsvorsitzender Volker Kauder) bzw. deswegen sei Polen "unter Aufsicht" zu stellen (EU-Kommissar Günther Oettinger). Das neue Mediengesetz unterwirft die öffentlich-rechtlichen Medien der direkten Kontrolle der Regierung und knüpft damit an Formen staatlicher Einflussnahme auf die Medien an, die in der EU verbreitet sind. Neben deutlichen Parallelen in Ungarn und Frankreich gibt es vor allem aber in Deutschland immer wieder scharfe Kritik an der Einflussnahme des Staates und der Regierungsparteien auf die öffentlich-rechtlichen Medien.

Von dem Artikel steht nur noch die Zusammenfassung kostenfrei zur Verfügung (Red.)

Die "Informationen zur Deutschen Außenpolitik" ([german-foreign-policy.com](#)) werden von einer Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler zusammengestellt, die das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet kontinuierlich beobachten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Dario Sarmadi/EuActiv: **Landwirte warnen: TTIP ist unser "Niedergang"**

Mit TTIP werden US-Firmen unbegrenzten Zugang zum europäischen Markt erhalten, da durch TTIP Zölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse(*) fallen und Standards in der Agrar- und Ernährungsbranche angeglichen werden sollen. Da z.B. Getreide in den USA konkurrenzlos billig produziert werden kann, bedeutet das den [Niedergang der Landwirtschaft in der EU durch TTIP](#). Gründe für die US-Billigproduktion seien etwa der dortige Einsatz von Gentechnik, schwächere Grenzwerte, und größere Produktionsflächen.

(*) [Nicht-tarifäre Handelshemmnisse](#) sind z.B. Regeln, Vorschriften, Normen und Standards, die den Handel beschränken, u.a. um die eigene Wirtschaft zu schützen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Thorsten Sterk: **Ein Mehr an Transparenz**

Nach Hamburg hat auch [Rheinland-Pfalz ab 01.01.2016 ein Transparenzgesetz](#), an dessen Entstehung auch die Bürger des Landes im Rahmen eines freiwilligen Beteiligungsverfahrens mitgewirkt haben. Bürger müssen damit nicht mehr um jede Information aus Behörden betteln, sondern können diese lt. Ministerpräsidentin Malu Dreyer zunehmend im Internet abfragen: "So werden beispielsweise erläuterte Ministerratsbeschlüsse, in öffentlicher Sitzung gefasste Beschlüsse inklusive Protokolle und Anlagen, wesentliche Inhalte von Verträgen von allgemeinem öffentlichen Interesse von einem Auftragswert ab 20'000 Euro oder Stellenpläne, Geschäftsverteilungspläne und Aktenpläne auf die Transparenz-Plattform gestellt. Auch Gutachten und Studien, soweit sie von Behörden in Auftrag gegeben wurden, in die Entscheidungen der Behörden eingeflossen sind oder ihrer Vorbereitung dienten und Zuwendungen bei Fördersummen ab 1'000 Euro werden dort zu finden sein."

Angeichts der teilweise weichen Formulierungen bleibt der Bürger gefordert, dass nicht durch Tricks öffentlich Interessantes doch nicht einsehbar wird. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Thorsten Sterk: **David gewinnt gegen Goliath**

Mit dem Bürgerbegehren "Viva Viktoria!" gegen den Bau einer 'Shopping Mall' in der Bonner Innenstadt, die den weitgehenden Abriss und damit die Zerstörung eines gewachsenen Viertels unmittelbar hinter dem Alten Rathaus zur Folge gehabt hätte, erreichte eine an den Menschen vor Ort orientierte Weiterentwicklung des Viktoriaviertels: Die Initianten wollten die im Viertel [wohnen-den, arbeitenden und einkaufenden Menschen in den Mittelpunkt rücken](#) und deren Interessen und Bedürfnisse und zum Ausgangspunkt neuer Planungen machen. Dafür bekamen sie von mehr als 20'000 Bürgern das Vertrauen ausgesprochen. Damit konnten sie sich gegen eine mächtige Allianz aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung durchsetzen, obwohl diese nichts unversucht ließen, das Begehren zu torpedieren.

Der Artikel ist unter diesem Link nicht mehr zu finden (Red.). Aber das [Bürgerbegehren für Erhalt des Kurfürstenbades](#) wurde am 05.10.2016 bei der Stadt angemeldet.

[Thorsten Sterk](#), Jg. 1969, Pressesprecher, Online-Redakteur und Bürgerbegehrensberater bei Mehr Demokratie e.V.. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

Anmerkung der Redaktion:

Der Inhalt der Bürgerbriefe aus den Jahren 2014, 2015 und 2016 ist von den Bürgerbriefen übernommen worden, die bis Ende 2016 auf der Homepage www.volksinitiative-esm-austritt.de erschienen sind. Mit dem Übergang auf die neue, eigene Homepage wurde auch auf das seit Februar 2016 verwendete Format mit vorangestelltem Inhaltsverzeichnis umgestellt. Bei der dabei vorgenommenen Überprüfung der Links zu den hier nur zusammengefassten Original-Artikeln wurde festgestellt, dass der eine oder andere Link nicht mehr funktionierte; die nicht mehr zur Verfügung stehenden Links wurden, wenn möglich, durch aktuelle ersetzt oder ersatzlos eliminiert.

[Inhalt](#) ↑